

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)

vom 25. November 1998 (Stand am 2. Dezember 2003)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 24, 43 und 47 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21 März 1997¹ (RVOG),
verordnet:

1. Kapitel: Der Bundesrat

Art. 1 Verhandlungen

(Art. 13, 16 Abs. 1 und 4, 17 RVOG)

¹ Die Sitzungen des Bundesrates finden in der Regel einmal jede Woche statt.

² Geschäfte von wesentlicher Bedeutung oder von politischer Tragweite werden einzeln beraten und beschlossen. Geschäfte von weit reichender Bedeutung können im Rahmen von Klausuren behandelt werden.

³ Die übrigen Geschäfte können, wenn sie unbestritten sind, ohne Einzelberatung gesamthaft verabschiedet oder in einem schriftlichen Beschlussverfahren erledigt werden. Präsidialentscheide nach Artikel 26 Absatz 4 RVOG bleiben vorbehalten.²

⁴ Wenn es die Umstände erfordern und keine Zeit für die Durchführung einer Sitzung zur Verfügung steht, kann der Bundesrat auch einzelne Geschäfte nach Absatz 2 schriftlich oder mit anderen Mitteln verhandeln. Diese Beschlüsse sind denjenigen in den Sitzungen gleichgestellt. Präsidialentscheide nach Artikel 26 Absätze 1–3 RVOG bleiben vorbehalten.³

⁵ Die Beschlüsse werden für jedes Geschäft schriftlich festgehalten.

Art. 2 Geschäftsplanung

(Art. 25 Abs. 2 Bst. a, 32 Bst. b und 33 RVOG)

¹ Mit der Geschäftsplanung wird sichergestellt, dass die Geschäfte im Bundesrat entsprechend ihrer Bedeutung und Dringlichkeit behandelt werden können.

AS 1999 1258

¹ SR 172.010

² Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

³ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

² Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident legt mit der Bundeskanzlei und den Departementen die wichtigsten Geschäfte und Themenschwerpunkte für ein Quartal oder Semester fest.

Art. 3 Anträge, Aussprachen und Informationsnotizen

(Art. 14, 15, 17 RVOG)

¹ Der Bundesrat fasst seine Beschlüsse in der Regel gestützt auf schriftliche Anträge und nach abgeschlossenem Mitberichtsverfahren (Art. 5).

² Das Antragsrecht steht den Mitgliedern des Bundesrates sowie, für die Geschäfte der Bundeskanzlei, der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler zu.

³ Soweit das Bundesrecht andere Behörden oder Organe bezeichnet, die dem Bundesrat Geschäfte vorlegen oder Anträge unterbreiten können, geschieht dies über die Bundeskanzlei oder das Departement, das den engsten Sachbezug zum betreffenden Geschäft aufweist.

⁴ Der Bundesrat führt Aussprachen insbesondere zu Geschäften von weit reichender Bedeutung durch. Er trifft bei Bedarf Zwischenentscheide, legt Grundzüge einer Lösung fest und erteilt dem zuständigen Departement oder der Bundeskanzlei Anweisungen zur Bearbeitung des Geschäfts.

⁵ Die Departemente oder die Bundeskanzlei können dem Bundesrat jederzeit ohne formellen Antrag Informationsnotizen über wichtige Vorgänge und Tätigkeiten in ihrem Aufgabenbereich zuleiten.

Art. 4 Ämterkonsultation

¹ Bei der Vorbereitung von Anträgen lädt das federführende Amt die mitinteressierten Verwaltungseinheiten unter Ansetzung angemessener Fristen zur Stellungnahme ein. In begründeten Ausnahmefällen kann auf die Ämterkonsultation verzichtet oder kann diese auf einen engen Adressatenkreis beschränkt werden.

² Differenzen werden so weit wie möglich in der Ämterkonsultation bereinigt; das federführende Departement erstattet dem Bundesrat darüber Bericht.

³ Als mitinteressiert gelten die Verwaltungseinheiten, die einen fachlichen Bezug zum Geschäft haben oder die für die Beurteilung finanzieller, rechtlicher oder formeller Aspekte zuständig sind.

Art. 5 Mitberichtsverfahren

(Art. 15 und 33 RVOG)

¹ Das Mitberichtsverfahren dient der Entscheidvorbereitung auf Stufe Bundesrat. Ziel des Verfahrens ist es, dass sich der Bundesrat in den Verhandlungen auf grundsätzliche Aspekte konzentrieren kann.

² Das federführende Departement reicht der Bundeskanzlei den definitiven Antrag rechtzeitig zur Durchführung des Mitberichtsverfahrens ein.

1a. Kapitel:⁴ Informationsgesuche von Ratsmitgliedern und parlamentarischen Kommissionen

Art. 5a

¹ Über Gesuche von Ratsmitgliedern und von parlamentarischen Kommissionen um Informationen nach den Artikeln 7 beziehungsweise 150 des Parlamentsgesetzes vom 13. Dezember 2002⁵ (ParlG) entscheidet das zuständige Departement. Besteht zwischen der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller und dem zuständigen Departement Uneinigkeit über den Umfang der Informationsrechte, so entscheidet der Bundesrat.

² Der Bundesrat entscheidet in jedem Fall:

- a. bei Informationen, die seiner unmittelbaren Entscheidungsfindung dienen, auf Antrag der Bundeskanzlei;
- b. bei Informationen aus dem Bereich des Staatsschutzes und der Nachrichtendienste auf Antrag des zuständigen Departementes.

³ Gesuche um Einsichtnahme in Beschlüsse des Bundesrates werden von der Bundeskanzlei im Einvernehmen mit dem zuständigen Departement bearbeitet und beantwortet.

2. Kapitel: Die Verwaltung

1. Abschnitt: Die Bundesverwaltung

Art. 6

Bestand

(Art. 2 Abs. 1–3 RVOG)

¹ Die Bundesverwaltung besteht aus folgenden Verwaltungseinheiten:

- a. den Departementen und der Bundeskanzlei;
- b. den Generalsekretariaten;
- c. den Gruppen;
- d. den Ämtern sowie deren weiteren Untergliederungen;
- e. den Behördenkommissionen (ohne die Rekurskommissionen nach den Artikeln 71a–71d des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968⁶ bzw. nach der Verordnung vom 3. Februar 1993⁷ über Organisation und Verfahren eidgenössischer Rekurs- und Schiedskommissionen) sowie anderen administrativ zugewiesenen Einheiten;
- f. den selbstständigen Anstalten und Betrieben.

⁴ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2003 (AS 2003 4117).

⁵ SR 171.10

⁶ SR 172.021

⁷ SR 173.31

² Diesen Einheiten gleichgestellt sind Einheiten mit anderen Bezeichnungen, aber gleichen Funktionen.

³ Die Verwaltungseinheiten nach Absatz 1 Buchstaben a–d bilden die zentrale Bundesverwaltung, diejenigen nach Absatz 1 Buchstaben e und f die dezentrale Bundesverwaltung.⁸

⁴ Die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung (ohne die weiteren Untergliederungen der Ämter) und die wichtigsten Einheiten der dezentralen Bundesverwaltung werden im Anhang aufgelistet.⁹

Art. 7 Die zentrale Bundesverwaltung

(Art. 2, 43 und 44 RVOG)

¹ Die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung erfüllen die für die Wahrnehmung der Regierungsfunktionen notwendigen Aufgaben. Sie wahren die Kohärenz der Verwaltungstätigkeit und stellen deren Konstanz sicher. Sie sind gegenüber dem Departement weisungsgebunden und sind ihm untergeordnet.

² Die Ämter sind dem Departement direkt unterstellt. Sie können zu Gruppen zusammengefasst werden, wenn die Führbarkeit des Departements damit verbessert wird.

³ Für Einheiten, die mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt werden (FLAG-Einheiten), beschliesst der Bundesrat den mehrjährigen Leistungsauftrag nach Anhörung der zuständigen Kommissionen des Parlaments (Art. 33).

Art. 8 Die dezentrale Bundesverwaltung

¹ Die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung sind der Bundeskanzlei oder dem Departement mit dem engsten Sachbezug zugeordnet.

² Die administrativ zugewiesenen Einheiten sind, was die Verwaltung der Ressourcen betrifft, in der Regel der zentralen Bundesverwaltung gleichgestellt; in der Erfüllung ihrer Aufgaben sind sie weisungsungebunden.

³ Die selbstständigen Anstalten und Betriebe verfügen in der Regel über eigene Rechtspersönlichkeit und eigene Organe und bilden einen eigenen Rechnungskreis.

2. Abschnitt: ...

Art. 9–10¹⁰

⁸ Ursprünglich Abs. 4.

⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS **2002** 2827).

¹⁰ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827).

3. Kapitel: Führung der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit

1. Abschnitt: Grundsätze

Art. 11 Grundsätze der Verwaltungstätigkeit

(Art. 3 RVOG)

Die Bundesverwaltung handelt im Rahmen des Bundesrechts und der vom Bundesrat gesetzten Ziele und Prioritäten. Sie beachtet dabei insbesondere folgende Grundsätze:

- a. Sie erkennt neuen Handlungsbedarf frühzeitig und leitet daraus Ziele, Strategien und Massnahmen ab.
- b. Sie ordnet ihre Tätigkeiten entsprechend der Wichtigkeit und Dringlichkeit.
- c. Sie erbringt ihre Leistungen bürgernah, nachhaltig, wirksam und wirtschaftlich.

Art. 12 Grundsätze der Verwaltungsführung

(Art. 8, 35, 36 RVOG)

¹ Die Führungsverantwortlichen aller Stufen handeln nach folgenden Grundsätzen:

- a. Sie führen mittels Vereinbarung von Zielen und Wirkungen.
- b. Sie beurteilen die Leistungen ihrer Verwaltungseinheiten und ihrer Mitarbeitenden periodisch.
- c. Sie passen Prozesse und Organisation rechtzeitig neuen Bedürfnissen an.
- d. Sie nutzen ihre Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen und gewähren diese auch ihren Mitarbeitenden.
- e. Sie fördern eine Kultur der Lern- und Veränderungsbereitschaft.
- f. Sie stellen eine ergebnisorientierte und interdisziplinäre Arbeitsweise sicher.

² Im Übrigen gelten insbesondere die Personalgesetzgebung und das personalpolitische Leitbild des Bundesrates.

Art. 13 Stufengerechte Zuordnung von Zuständigkeiten in der zentralen Bundesverwaltung

(Art. 47 Abs. 1 RVOG)

¹ Massgebend für die Zuordnung der Zuständigkeit zum Entscheid nach Artikel 47 Absatz 1 RVOG ist die Bedeutung eines Geschäftes.

² Die Zuordnung erfolgt in der Regel an die Einheit, bei der die erforderliche politische und fachliche Kompetenz konzentriert ist. Die Zuordnung an Einheiten unterhalb der Amtsstufe erfolgt nur in begründeten Ausnahmefällen.

³ Im Einzelfall wird ein Geschäft der vorgesetzten Einheit zum Entscheid oder zur Erteilung einer Weisung unterbreitet, wenn seine besondere Bedeutung oder Komplexität dies erfordert.

2. Abschnitt: Zusammenarbeit

Art. 14 Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten

- ¹ Die Verwaltungseinheiten sind zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie unterstützen und informieren sich gegenseitig.
- ² Sie koordinieren ihre Tätigkeiten und stimmen diese auf die Gesamtpolitik des Bundesrates ab.
- ³ Sie erteilen anderen Verwaltungseinheiten die Auskünfte, die für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Art. 15 Mitwirkung mitinteressierter Verwaltungseinheiten

- ¹ Soweit nicht eine Ämterkonsultation vorgeschrieben ist, stellen die Verwaltungseinheiten zur Vorbereitung ihrer Entscheide die Mitwirkung aller mitinteressierten Einheiten sicher.
- ² Die Mitwirkung erfolgt in Form der Anhörung, wenn nicht eine entsprechende Rechtsgrundlage die Zustimmung vorsieht. Die Anhörung erfolgt grundsätzlich schriftlich.
- ³ Ist eine Zustimmung erforderlich, werden Differenzen von den beteiligten Einheiten selber bereinigt. Ausnahmsweise können diese eine Differenzbereinigung auf nächsthöherer Ebene verlangen.

Art. 16 Generalsekretärenkonferenz

(Art. 53 RVOG)

- ¹ Die Generalsekretärenkonferenz ist das oberste Koordinationsorgan. Sie trägt zu einer vorausschauenden, wirksamen und kohärenten Verwaltungstätigkeit bei. Sie zieht weitere Personen oder Stellen bei.
- ² Sie wirkt mit bei der Planung, Vorbereitung und beim Vollzug von Bundesratsgeschäften sowie bei der Bereinigung von Differenzen.

3. Abschnitt: Planung und Controlling

Art. 17 Planung

(Art. 6 Abs. 1, 25 Abs. 2 Bst. a, 32 Bst. a, 36 Abs. 1, 51, 52 RVOG)

- ¹ Der Bundesrat legt Schwergewichte, Ziele und Mittel der Planungen fest.
- ² Die Planungen des Bundesrates bestehen aus:
 - a. Gesamtplanungen, die alle Politikbereiche des Bundes umfassen; dazu gehören die Richtlinien der Regierungspolitik nach Artikel 18 und die Jahresziele des Bundesrates nach Artikel 19 als Sachplanungen sowie die Finanz-

planungen nach Finanzhaushaltsgesetz vom 6. Okt. 1989¹¹ und nach Finanzhaushaltsverordnung vom 11. Juni 1990¹²;

- b. Teilplanungen zu einzelnen Politikbereichen des Bundes oder zu Teilen davon;
- c. weiteren Planungen bei Bedarf.

³ Die Sach- und die Finanzplanungen werden zeitlich und inhaltlich so weit als möglich aufeinander abgestimmt. Die einzelnen Aufgabengebiete werden in Politikbereiche zusammengefasst.

⁴ Die Bundeskanzlei bereitet die Sachpläne nach Absatz 2 Buchstabe a vor. Die Eidgenössische Finanzverwaltung bereitet Budget und Finanzplan vor. Sie arbeiten dabei mit den Departementen zusammen.

⁵ Für die untergeordneten Verwaltungseinheiten sind die Pläne des Bundesrates und der Departemente verbindlich.

Art. 18 Richtlinien der Regierungspolitik

(Art. 45^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 23. März 1962 GVG¹³)

¹ Die Richtlinien der Regierungspolitik geben einen umfassenden politischen Orientierungsrahmen für die Regierungstätigkeit in einer Legislaturperiode.

² Sie ziehen Bilanz über die vergangene Legislaturperiode.

³ Sie legen die Ziele und Wirkungen sowie die prioritären Massnahmen fest und bezeichnen die Bereiche, wo das staatliche Leistungsangebot überprüft werden muss oder abgebaut werden kann.

Art. 19 Jahresziele des Bundesrates

(Art. 51 RVOG)

¹ Die Jahresziele des Bundesrates umschreiben die Grundzüge der Regierungstätigkeit für das nächste Jahr, bestimmen Ziele und Massnahmen und bezeichnen die zuhanden der eidgenössischen Räte zu verabschiedenden Geschäfte.

² Die Jahresziele bilden eine Grundlage für die Geschäftsplanung des Bundesrates nach Artikel 2, für das Controlling nach Artikel 21, für die Aufsicht nach Abschnitt 5 sowie für die jährliche Geschäftsberichterstattung nach Artikel 45 des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 23. März 1962¹⁴ (GVG).

¹¹ SR 611.0

¹² SR 611.01

¹³ [AS 1962 773, 1966 1325, 1970 1253, 1972 241 1486, 1974 1051 Ziff. II 1, 1978 688 Art. 88 Ziff. 2, 1979 114 Art. 66 679 1318, 1984 768, 1985 452, 1986 1712, 1989 257 260, 1990 1530 1642, 1991 857 Anhang Ziff. 1, 1992 641 2344, 1994 360 2147, 1995 4840, 1996 1725 Anhang Ziff. I 2868, 1997 753 Ziff. II 760 Art. 1 760 2022 Anhang Ziff. 4, 1998 646 1418 2847 Anhang Ziff. 8, 1999 468, 2000 273 2093, 2001 114 Ziff. I 1, 2002 3371 Anhang Ziff. 1, 2003 2119. AS 2003 3543 Anhang I 3].

¹⁴ Heute: das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).
Heute: das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

Art. 20 Jahresziele der Departemente und der Bundeskanzlei

(Art. 51 RVOG)

¹ Die Departemente und die Bundeskanzlei stimmen ihre Jahresziele auf die Planungen des Bundesrates ab und unterbreiten sie dem Bundesrat zur Kenntnisnahme.

² Sie erstatten im Rahmen der jährlichen Geschäftsberichterstattung des Bundesrates nach Artikel 45 GVG¹⁵ Bericht über ihre Tätigkeit.

Art. 21 Controlling

¹ Das Controlling ist ein Führungsinstrument zur prozessbegleitenden Steuerung der Zielerreichung auf allen Stufen.

² Der Bundesrat wird bei seinem Controlling durch die Bundeskanzlei und das Eidgenössische Finanzdepartement unterstützt. Diese arbeiten dabei mit den Departementen zusammen.

³ Die Departemente sind für das Controlling in ihrem Bereich zuständig. Sie stimmen ihr Controlling auf das Controlling des Bundesrates ab.

Art. 22 Nachweis der Verwaltungstätigkeit

¹ Die Verwaltungseinheiten führen den Nachweis über die eigene Geschäftstätigkeit auf Grund einer systematischen Aktenführung. Sie treffen die organisatorischen, administrativen und technischen Massnahmen, die für eine ordnungsgemässe Bildung und Führung der Akten erforderlich sind.

² Das Bundesarchiv koordiniert und kontrolliert die Aktenführung und unterstützt die Verwaltungseinheiten.

³ Das Bundesamt für Informatik und Telemommunikation¹⁶ koordiniert und unterstützt den Einsatz von Informatikmitteln für die Aktenführung, insbesondere auf dem Gebiet der Büroautomation.

⁴ Im Übrigen gilt die Bundesgesetzgebung über die Archivierung.

¹⁵ Heute: das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

¹⁶ Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde gemäss Art. 4a der Publikationsverordnung vom 15. Juni 1998 (SR 170.512.1) angepasst.

4. Abschnitt: Information und Kommunikation

(Art. 10, 10a, 11, 34, 40 und 54 RVOG)¹⁷

Art. 23

¹ Die Bundeskanzlei ist, in Zusammenarbeit mit den Departementen, zuständig für die Information der Bundesversammlung, der Kantone und der Öffentlichkeit über Entscheide, Absichten und Vorkehren des Bundesrates. Sie sorgt für die nötige Planung und erarbeitet die Grundsätze für die Kommunikationspolitik des Bundesrates.

² Die Departemente und die Bundeskanzlei tragen die Verantwortung für die interne und externe Information und Kommunikation über ihre Geschäfte. Sie stellen diese in den Gesamtzusammenhang der Kommunikationspolitik des Bundesrates. Sie regeln die Informationsaufgaben der ihnen untergeordneten Einheiten.

³ Die Bundeskanzlei ist, in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Informationsdienste, für die Koordination der Information und Kommunikation zuständig und kann zu diesem Zweck Weisungen erlassen.

⁴ Bei Bedarf kann der Bundesrat die Information und Kommunikation bei der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten, bei der Bundeskanzlei, einem Departement oder einer anderen bezeichneten Stelle zentralisieren. Die bezeichnete Stelle erhält entsprechende Weisungsbefugnisse.

5. Abschnitt: Aufsicht

Art. 24 Aufsicht über die Verwaltung

(Art. 8 Abs. 3 und 4, 36 Abs. 3 RVOG)

¹ Mit der Aufsicht stellen der Bundesrat, die Departemente und die Bundeskanzlei die Erfüllung der verfassungsmässigen und gesetzlichen Aufgaben sicher.

² Die Aufsicht über die zentrale Bundesverwaltung ist umfassend. Sie richtet sich nach den in den Artikeln 11 und 12 aufgeführten Grundsätzen.

³ Die Aufsicht über die dezentrale Bundesverwaltung sowie über die Organisationen und Personen gemäss Artikel 2 Absatz 4 RVOG wird in Gegenstand, Umfang und Grundsätzen durch die Spezialgesetzgebung geregelt und richtet sich nach dem jeweiligen Grad der Autonomie.

Art. 25 Kontrolle

(Art. 8 Abs. 3 und 4 RVOG)

¹ Die Kontrolle, als Instrument der Aufsicht, dient:

- a. der vertieften Abklärung von besonderen Fragestellungen, die sich aus aktuellen Ereignissen oder festgestellten Missständen ergeben;

¹⁷ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

b. der periodischen Überprüfung besonderer Fachbereiche.

² Mit Kontrollen sind in der Regel besondere Stellen befasst, die von der kontrollierten Verwaltungseinheit unabhängig sind.

Art. 26¹⁸ Kontrolle durch den Bundesrat

(Art. 8 Abs. 3 und 4, 25 Abs. 2 Bst. c und d, 32 Bst. e RVOG)

Der Bundesrat und die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident werden bei der Ausübung der gesetzlichen Kontrollaufgaben von der Bundeskanzlei unterstützt. Für weitergehende departementsübergreifende Abklärungen können Projektorganisationen nach Artikel 56 RVOG oder eine externe Beratung nach Artikel 57 RVOG eingesetzt werden.

Art. 27¹⁹ Überprüfung von Bundesaufgaben

(Art. 5 RVOG)

¹ Die Verwaltungseinheiten überprüfen ihre Aufgaben, Leistungen, Prozesse und Organisation periodisch und systematisch auf ihre Notwendigkeit und auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen von Artikel 11 und 12; sie veranlassen die entsprechenden Anpassungs- und Verzichtsmassnahmen.

² Die Generalsekretärenkonferenz wirkt koordinierend mit.

4. Kapitel: Schlussbestimmungen

1. Abschnitt: Weitere Ausführungsbestimmungen

Art. 28 Organisationsverordnungen des Bundesrates für die Departemente und die Bundeskanzlei

(Art. 31 Abs. 3, 43 und 47 RVOG)

Der Bundesrat erlässt für jedes Departement und für die Bundeskanzlei je eine Organisationsverordnung. Darin werden insbesondere geregelt:

- a. die Ziele, Grundsätze und Zuständigkeiten der Departemente bzw. der Bundeskanzlei;
- b. die Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten der Gruppen und Ämter;
- c. die Zuordnung der Einheiten der dezentralen Verwaltung und, sofern nicht anderweitig geregelt, deren Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten.

¹⁸ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

¹⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

Art. 29 Geschäftsordnungen der Departemente und der Bundeskanzlei
(Art. 37 und 43 Abs. 4 RVOG)

¹ Die Departemente und die Bundeskanzlei erlassen für sich Geschäftsordnungen. Darin können insbesondere geregelt werden:

- a. die Grundzüge der Führungsprozesse im Departement bzw. in der Bundeskanzlei;
- b. die organisatorischen Grundzüge des Departementes bzw. der Bundeskanzlei, sofern sie nicht durch andere Vorschriften geregelt sind;
- c. die Delegation von Unterschriften;
- d.²⁰ der Beizug von externen Beraterinnen und Beratern durch Gruppen und Ämter.

² Für departementsübergreifende Aufgaben können die zuständigen Departemente bzw. die Bundeskanzlei eine gemeinsame Geschäftsordnung erlassen.

³ Die Geschäftsordnungen sind öffentlich zugänglich, werden aber nicht in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts publiziert.

Art. 30 Weisungen und Arbeitshilfen

¹ Der Bundesrat bzw. die Generalsekretärenkonferenz, die Departemente oder die Bundeskanzlei sorgen mit Weisungen und Arbeitshilfen für den guten Gang der Verwaltung.

² Die Weisungen und Arbeitshilfen regeln insbesondere:

- a. die Vorbereitung von Bundesratsgeschäften;
- b. ...²¹
- c. die Gestaltung von Botschaften und Berichten des Bundesrates an die eidgenössischen Räte;
- d. die Ausarbeitung und Gestaltung von Erlassen des Bundes;
- e. die Grundsätze für eine stufengerechte Zuordnung von Zuständigkeiten;
- f. das Vorverfahren der Gesetzgebung, soweit es nicht in der Verordnung vom 17. Juni 1991²² über das Vernehmlassungsverfahren geregelt ist;
- g. den Ressourceneinsatz insbesondere in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Logistik;
- h. die Zusammensetzung und Wahl, die Aufträge, das Verfahren und den Geschäftsverkehr von Stabs-, Planungs- und Koordinationsorganen;
- i. die Pflege der internationalen Beziehungen der Bundesverwaltung;
- j. die kommerzielle Nebentätigkeit von Verwaltungseinheiten;

²⁰ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS **2002** 2827).

²¹ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827).

²² SR **172.062**

- k. die Aktenführungspflicht;
- l. Ermächtigungen der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten in Anwendung von Artikel 26 Absatz 4 RVOG;
- m. die Koordination der Information und Kommunikation.

2. Abschnitt: Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches²³

Art. 31

¹ Die Departemente und die Bundeskanzlei entscheiden in ihrem Bereich über Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches²⁴ zur Vornahme von Handlungen für einen fremden Staat.

² Fälle von politischer oder anderer grundsätzlicher Bedeutung sind dem Bundesrat zu unterbreiten.

³ Alle Entscheide sind der Bundeskanzlei, der Bundesanwaltschaft und den mitinteressierten Departementen mitzuteilen.

3. Abschnitt:...

Art. 32²⁵

4. Abschnitt: Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG)

(Art. 44 RVOG)

Art. 33

¹ Für FLAG-Einheiten nach Artikel 7 Absatz 3 gelten folgende minimale Rahmenbedingungen:

- a. Gestützt auf den Leistungsauftrag des Bundesrates schliessen die Departemente mit jeder FLAG-Einheit eine jährliche Leistungsvereinbarung ab. Wird nur ein Teil eines Amtes nach FLAG-Prinzipien geführt, kann das Departement den Abschluss der Leistungsvereinbarung dem Amt delegieren; die Zustimmung des Departements zur Leistungsvereinbarung ist dabei vorzubehalten.
- b. Die FLAG-Einheiten erstatten jährlich Bericht.

²³ SR 311.0

²⁴ SR 311.0

²⁵ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS 2002 2827).

- c. Die FLAG-Einheiten führen eine Kosten- und Leistungsrechnung, definieren Produkte und Produktgruppen sowie Leistungsindikatoren.

² Der Bundesrat bestimmt im Leistungsauftrag, ob die Leistungen zu Gunsten anderer Verwaltungseinheiten pro forma oder effektiv in Rechnung gestellt werden.

³ FLAG-Einheiten können untereinander und mit anderen Verwaltungseinheiten besondere Vereinbarungen abschliessen. Streitigkeiten aus diesen Vereinbarungen werden von dem in der Sachfrage federführenden Departement nach Anhörung der andern betroffenen Departemente entschieden. Die Beschlussfassung durch den Bundesrat bleibt vorbehalten.

⁴ Diese Bestimmungen werden spätestens auf Grund des Evaluationsberichtes nach Artikel 65 RVOG überprüft.

5. Abschnitt: Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 34

Der Bundesratsbeschluss vom 7. Juli 1971²⁶ über die Ermächtigung der Departemente und der Bundeskanzlei zum selbstständigen Entscheid über die Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches wird aufgehoben.

6. Abschnitt: Inkrafttreten

Art. 35

¹ Diese Verordnung tritt unter Vorbehalt von Absatz 2 am 1. Januar 1999 in Kraft.

² Die Artikel 26 und 27 treten gleichzeitig mit der Organisationsverordnung für die Bundeskanzlei vom 5. Mai 1999²⁷ in Kraft.

²⁶ [AS 1971 1053]

²⁷ SR 172.210.10. Diese V trat am 1. Juni 1999 in Kraft.

*Anhang*²⁸
(Art. 6 Abs. 3)

Liste der Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung

Die Bundesverwaltung besteht aus folgenden Verwaltungseinheiten:

A. Die Bundeskanzlei Chancellerie fédérale Cancelleria federale Chanzlia federala

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Keine

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter
Préposé fédéral à la protection des données
Incaricato federale della protezione dei dati
Incumbensà federal per la protecziun da datas

²⁸ Bereinigt gemäss Art. 17 Abs. 4 der Organisationsverordnung für das EVD vom 14. Juni 1999 (SR **172.216.1**), Anhang Ziff. 2 der Organisationsverordnung vom 6. Dez. 1999 für das UVEK (SR **172.217.1**), Anhang Ziff. II 5 der Organisationsverordnung EJPD vom 17. Nov. 1999 (SR **172.213.1**), Art. 18 Abs. 3 der Organisationsverordnung VBS vom 13. Dez. 1999 (SR **172.214.1**), Art. 19 der V vom 23. Febr. 2000 über die Meteorologie und Klimatologie (SR **429.11**), Ziff. II der V vom 28. Juni 2000 (AS **2000** 1849), Art. 19 Ziff. 3 der Organisationsverordnung für das EDI vom 28. Juni 2000 (SR **172.212.1**), Art. 13 der V über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland vom 25. Okt. 2000 (SR **194.11**), Art. 12 Abs. 2 der Nachrichtendienstverordnung vom 4. Dez. 2000 (SR **510.291**), Ziff. II der V vom 4. Dez. 2000 (AS **2001** 265), Art. 33 Ziff. 1 der Organisationsverordnung für das EFD vom 11. Dez. 2000 (SR **172.215.1**), Art. 13 Ziff. 1 der Organisationsverordnung für das Schweizerische Heilmittelinstitut vom 28. Sept. 2001 (SR **812.216**), Ziff. II der V vom 10. April 2002 (AS **2002** 1155), vom 1. Mai 2002 (AS **2002** 1453), vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827) und Ziff. II 1 der V vom 25. Juni 2003 (AS **2003** 2122).

B. Die Departemente**Départements****Dipartimenti****Departaments****Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten****Département fédéral des affaires étrangères****Dipartimento federale degli affari esteri****Departament federal dals affars exteriurs***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Staatssekretariat

Secrétariat d'Etat

Segreteria di Stato

Secretariat da stadi

Politische Direktion

Direction politique

Direzione politica

Direzziun politica

Direktion für Völkerrecht

Direction du droit international public

Direzione del diritto internazionale pubblico

Direzziun per dretg internaziunal public

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

Direction du développement et de la coopération

Direzione dello sviluppo e della cooperazione

Direzziun per svilpu e cooperaziun

Direktion für Ressourcen und Aussennetz

Direction des ressources et du réseau extérieur

Direzione delle risorse et della rete esterna

Direzziun per resursas e rait exteriura

2. Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:

Darunter fällt insbesondere:

Präsenz Schweiz

Présence Suisse

Presenza Svizzera

Preschientscha Svizra

Eidgenössisches Departement des Innern
Département fédéral de l'intérieur
Dipartimento federale dell'interno
Departament federal da l'intern

1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:

Generalsekretariat
 Secrétariat général
 Segreteria generale
 Secretariat general

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann
 Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes
 Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo
 Uffizi federal per l'egualitad tranter dunna ed um

Bundesamt für Kultur
 Office fédéral de la culture
 Ufficio federale della cultura
 Uffizi federal da cultura

Schweizerisches Bundesarchiv
 Archives fédérales
 Archivio federale
 Archiv federal

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)
 Office fédéral de météorologie et de climatologie (MétéoSuisse)
 Ufficio federale di meteorologia e climatologia (MeteoSvizzera)
 Uffizi federal per meteorologia e climatologia (MeteoSvizra)

Bundesamt für Gesundheit
 Office fédéral de la santé publique
 Ufficio federale della sanità pubblica
 Uffizi federal da sanitad

Bundesamt für Statistik
 Office fédéral de la statistique
 Ufficio federale di statistica
 Uffizi federal da statistica

Bundesamt für Sozialversicherung
 Office fédéral des assurances sociales
 Ufficio federale delle assicurazioni sociali
 Uffizi federal d'assicuranzas socialas

Bundesamt für Militärversicherung
 Office fédéral de l'assurance militaire
 Ufficio federale dell'assicurazione militare
 Uffizi federal d'assicuranza militara

Gruppe für Wissenschaft und Forschung
Groupement de la science et de la recherche
Aggruppamento per la scienza e la ricerca
Gruppa per scienza e perscrutaziun

Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
Office fédéral de l'éducation et de la science
Ufficio federale dell'educazione e della scienza
Uffizi federal per furmaziun e scienza

Staatssekretariat
Secrétariat d'Etat
Segreteria di Stato
Secretariat da stadi

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Eidgenössische Technische Hochschulen
Ecoles polytechniques fédérales
Politecnici federali
Scolas politecnicas federalas

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Conseil des écoles polytechniques fédérales
Consiglio dei politecnici federali
Cussegl da las scolas politecnicas federalas

Paul Scherrer Institut
Institut Paul Scherrer
Istituto Paul Scherrer
Institut Paul Scherrer

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft
Institut fédéral de recherches sur la forêt, la neige et le paysage
Istituto federale di ricerca per la foresta, la neve e il paesaggio
Institut federal per la perscrutaziun da guaud, naiv e cuntrada

Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt
Laboratoire fédéral d'essai des matériaux et de recherches
Laboratorio federale di prova dei materiali e di ricerca
Institut federal da controlla da material e da perscrutaziun

Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz
Institut fédéral pour l'aménagement, l'épuration et la protection des eaux
Istituto federale per l'approvvigionamento, la depurazione e la protezione delle acque
Institut federal per provediment, serenaziun e protecziun da las auas

Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut
Swissmedic, Institut suisse des produits thérapeutiques
Swissmedic, Istituto svizzero per gli agenti terapeutici
Swissmedic, Institut svizzer per products therapeutics
Swissmedic, Swiss Agency for Therapeutic Products

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Département fédéral de justice et police
Dipartimento federale di giustizia e polizia
Department federal da giustia e polizia

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat
Secrétariat général
Segreteria generale
Secretariat general

Bundesamt für Justiz
Office fédéral de la justice
Ufficio federale di giustizia
Uffizi federal da giustia

Bundesamt für Polizei
Office fédéral de la police
Ufficio federale di polizia
Uffizi federal da polizia

Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung
Office fédéral de l'immigration, de l'intégration et de l'émigration
Ufficio federale dell'immigrazione, dell'integrazione e dell'emigrazione
Uffizi federal d'immigraziun, d'integraziun e d'emigraziun²⁹

Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung
Office fédéral de métrologie et d'accréditation
Ufficio federale di metrologia e di accreditamento
Uffizi federal da metrologia e d'accreditaziun

Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati
Uffizi federal per fugitivs

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Bundesanwaltschaft
Ministère public de la Confédération
Ministero pubblico della Confederazione
Procura publica federala

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Institut suisse de droit comparé
Istituto svizzero di diritto comparato
Institut svizzer da dretg cumparativ

²⁹ Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde gemäss Art. 4a der Publikationsverordnung vom 15. Juni 1998 (SR 170.512.1) angepasst.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
Institut Fédéral de la Propriété Intellectuelle
Istituto Federale della Proprietà Intellettuale
Institut Federal da Proprietad Intellectuala

Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Département fédéral de la défense, de la protection de la population
et des sports
Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione
e dello sport
Departament federal da defensiu, protecziun da la populaziun e sport

1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:

Generalsekretariat
Secrétariat général
Segreteria generale
Secretariat general

Direktion für Sicherheitspolitik
Direction de la politique de sécurité
Direzione della politica di sicurezza
Direcziun da la politica da securezza

Oberauditorat
Office de l'auditeur en chef
Ufficio dell'uditore in capo
Auditorat superiur

Bundesamt für Sport
Office fédéral du sport
Ufficio federale dello sport
Uffizi federal da sport

Bundesamt für Zivilschutz
Office fédéral de la protection civile
Ufficio federale della protezione civile
Uffizi federal da protecziun civila

Generalstab
Etat-major général
Stato maggiore generale
Stab general

Untergruppe Personelles der Armee des Generalstabes
Groupe du personnel de l'armée de l'état-major général
Gruppo del personale dell'esercito di stato maggiore generale
Gruppa dal personal da l'armada dal stab general

Militärischer Nachrichtendienst des Generalstabes
Renseignement militaire de l'état-major général
Servizio informazioni militare di Stato maggiore generale
Servetsch d'infurmaziun militar dal stab general

Untergruppe Operationen des Generalstabes
 Groupe des opérations de l'état-major général
 Gruppo operazioni di Stato maggiore generale
 Gruppa d'operaziuns dal stab general

Untergruppe Logistik des Generalstabes
 Groupe de la logistique de l'état-major général
 Gruppo della logistica di Stato maggiore generale
 Gruppa da logistica dal stab general

Untergruppe Planung des Generalstabes
 Groupe de la planification de l'état-major général
 Gruppo della pianificazione di Stato maggiore generale
 Gruppa da planisaziun dal stab general

Untergruppe Führungsunterstützung des Generalstabes
 Groupe de l'aide au commandement de l'état-major général
 Gruppo dell'aiuto alla condotta di Stato maggiore generale
 Gruppa d'agid al commando dal stab general

Untergruppe Sanität des Generalstabes
 Groupe des affaires sanitaires de l'état-major général
 Gruppo della sanità di Stato maggiore generale
 Gruppa da sanidad dal stab general

Untergruppe Doktrin und Operative Schulung
 Groupe de la doctrine et de l'instruction opérative
 Gruppo della dottrina e dell'istruzione operativa
 Gruppa da doctrina e d'instrucziun operativa

Untergruppe Friedensförderung und Sicherheitskooperation des
 Generalstabes
 Groupe de la promotion de la paix et de la coopération en matière de
 sécurité
 Gruppo promovimento della pace e cooperazione per la sicurezza
 Gruppa da promoziun da la pasch e cooperaziun da segirezza dal stab
 general

Heer

Forces terrestres

Forze terrestri

Truppas terrestras

Untergruppe Ausbildungsführung des Heeres
 Groupe de la direction de l'instruction des Forces terrestres
 Gruppo della condotta dell'istruzione delle Forze terrestri
 Gruppa da direcziun da l'instrucziun da truppas terrestras

Bundesamt für Betriebe des Heeres
 Office fédéral des exploitations des Forces terrestres
 Ufficio federale delle intendenze delle Forze terrestri
 Uffizi federal per manaschis da truppas terrestras

Kommando Festungswachtkorps
Commandement du Corps des gardes-fortifications
Comando del Corpo della guardia delle fortificazioni
Commando dal corp da guardiafortezzas

Untergruppe Lehrpersonal des Heeres
Groupe du personnel enseignant des Forces terrestres
Gruppo del personale insegnante delle Forze terrestri
Gruppa dal personal d'instrucziun da truppas terrestras

Kommando Armee-Ausbildungszentrum Luzern
Commandement du Centre d'instruction de l'armée à Lucerne
Comando del Centro d'istruzione dell'esercito di Lucerna
Commando dal center d'instrucziun da l'armada a Lucerna

Bundesamt für Kampftruppen
Office fédéral des armes de combat
Ufficio federale delle truppe da combattimento
Uffizi federal da las truppas da cumbat

Bundesamt für Unterstützungstruppen
Office fédéral des armes et des services d'appui
Ufficio federale delle truppe di supporto
Uffizi federal da truppas da sustegn

Bundesamt für Logistiktruppen
Office fédéral des armes et des services de la logistique
Ufficio federale delle truppe della logistica
Uffizi federal da truppas da logistica

Luftwaffe
Forces aériennes
Forze aeree
Aviatica militare

Untergruppe Operationen der Luftwaffe
Groupe des opérations des Forces aériennes
Gruppo operazioni delle Forze aeree
Gruppa d'operaziuns d'aviatica militare

Bundesamt für Ausbildung der Luftwaffe
Office fédéral de l'instruction des Forces aériennes
Ufficio federale dell'istruzione delle Forze aeree
Uffizi federal per l'instrucziun d'aviatica militare

Bundesamt für Betriebe der Luftwaffe
Office fédéral des exploitations des Forces aériennes
Ufficio federale degli esercizi delle Forze aeree
Uffizi federal per manaschis d'aviatica militare

Gruppe Rüstung

Groupement de l'armement

Aggruppamento dell'armamento

Gruppa d'armament

Zentralverwaltung der Gruppe Rüstung

Administration centrale du groupement de l'armement

Amministrazione centrale dell'aggruppamento dell'armamento

Administraziun centrala da la gruppa d'armament

Bundesamt für Luftwaffen- und Führungssysteme

Office fédéral des systèmes d'armes des Forces aériennes et des systèmes de commandement

Ufficio federale dell'aeronautica militare e dei sistemi di condotta

Uffizi federal per sistems d'aviatica militara e da commando

Bundesamt für Waffensysteme und Munition

Office fédéral des systèmes d'armes et des munitions

Ufficio federale dei sistemi d'arma e delle munizioni

Uffizi federal per sistems d'armas e muniziun

Bundesamt für Armeematerial und Bauten

Office fédéral du matériel d'armée et des constructions

Ufficio federale del materiale dell'esercito e delle costruzioni

Uffizi federal per material d'armada ed edifizis

Bundesamt für Landestopographie

Office fédéral de la topographie

Ufficio federale di topografia

Uffizi federal da topografia

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Keine

Eidgenössisches Finanzdepartement
Département fédéral des finances
Dipartimento federale delle finanze
Department federal da finanzas

1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:

Generalsekretariat
Secrétariat général
Segreteria generale
Secretariat general

Eidgenössische Finanzverwaltung
Administration fédérale des finances
Amministrazione federale delle finanze
Administraziun federala da finanzas

Eidgenössisches Personalamt
Office fédéral du personnel
Ufficio federale del personale
Uffizi federal dal persunal

Eidgenössische Versicherungskasse
Caisse fédérale d'assurance
Cassa federale d'assicurazione
Cassa federala d'assicuranza

Eidgenössische Steuerverwaltung
Administration fédérale des contributions
Amministrazione federale delle contribuzioni
Administraziun federala da taglia

Eidgenössische Zollverwaltung
Administration fédérale des douanes
Amministrazione federale delle dogane
Administraziun federala da duana

Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication
Ufficio federale dell'informatica e della telecomunicazione
Uffizi federal da l'informatica e dalla telecomunicaziun

Bundesamt für Bauten und Logistik
Office fédéral des constructions et de la logistique
Ufficio federale delle costruzioni e della logistica
Uffizi federal per edifizis e logistica

Bundesamt für Privatversicherungen
Office fédéral des assurances privées
Ufficio federale delle assicurazioni private
Uffizi federal d'assicuranzas privatas

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Régie fédérale des alcools

Regia federale degli alcool

Administraziun federala d'alcohol

Eidgenössische Finanzkontrolle

Contrôle fédéral des finances

Controllo federale delle finanze

Controlla federala da finanzas

Eidgenössische Bankenkommission

Commission fédérale des banques

Commissione federale delle banche

Cumissiun federala da bancas

Pensionskasse des Bundes PUBLICA

Caisse fédérale de pensions PUBLICA

Cassa pensioni della Confederazione PUBLICA

Cassa federala da pensium PUBLICA

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Département fédéral de l'économie
Dipartimento federale dell'economia
Department federal d'economia

1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Preisüberwachung

Surveillance des prix

Sorveglianza dei prezzi

Surveglianza da pretschs

Staatssekretariat für Wirtschaft

Secrétariat d'Etat à l'économie

Segretariato di Stato dell'economia

Secretariat da stadi per l'economia

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie

Ufficio federale della formazione professionale e della tecnologia

Uffizi federal per la furmaziun professiunala e per la tecnologia

Bundesamt für Landwirtschaft

Office fédéral de l'agriculture

Ufficio federale dell'agricoltura

Uffizi federal d'agricoltura

Bundesamt für Veterinärwesen

Office vétérinaire fédéral

Ufficio federale di veterinaria

Uffizi federal per veterinaria

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays

Ufficio federale per l'approvvigionamento economico del Paese

Uffizi federal per il provediment economic dal pajais

Bundesamt für Wohnungswesen

Office fédéral du logement

Ufficio federale delle abitazioni

Uffizi federal d'abitaziuns

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fällt insbesondere:

Wettbewerbskommission
 Commission de la concurrence
 Commissione della concorrenza
 Cummissiun da concorrenza

**Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie
 und Kommunikation**

**Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie
 et de la communication**

**Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia
 e delle comunicazioni**

Departament federal per ambient, traffic, energia e comunicaziun

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat
 Secrétariat général
 Segreteria generale
 Secretariat general

Bundesamt für Verkehr
 Office fédéral des transports
 Ufficio federale dei trasporti
 Uffizi federal da traffic

Bundesamt für Zivilluftfahrt
 Office fédéral de l'aviation civile
 Ufficio federale dell'aviazione civile
 Uffizi federal d'aviatica civila

Bundesamt für Wasser und Geologie
 Office fédéral des eaux et de la géologie
 Ufficio federale delle acque e della geologia
 Uffizi federal per aua e geologia

Bundesamt für Energie
 Office fédéral de l'énergie
 Ufficio federale dell'energia
 Uffizi federal d'energia

Bundesamt für Strassen
 Office fédéral des routes
 Ufficio federale delle strade
 Uffizi federal da vias

Bundesamt für Kommunikation
 Office fédéral de la communication
 Ufficio federale delle comunicazioni
 Uffizi federal da comunicaziun

Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage
Ufficio federale dell'ambiente, delle foreste e del paesaggio
Uffizi federal d'ambient, gaud e cuntrada

Bundesamt für Raumentwicklung
Office fédéral du développement territorial
Ufficio federale dello sviluppo territoriale
Uffizi federal da svilup dal territori

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Büro für Flugunfalluntersuchungen und
Büro für Eisenbahnunfalluntersuchungen
Bureau d'enquête sur les accidents d'aviation et
Bureau d'enquête sur les accidents ferroviaires
Ufficio d'inchiesta sugli infortuni aeronautici e
Ufficio d'inchiesta sugli infortuni ferroviari
Biro per examinar accidents d'aviun e biro per examinar accidents da viafier

Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen
Autorité indépendante d'examen des plaintes en matière de radio-télévision
Autorità indipendente di ricorso in materia radiotelevisiva
Autoritad independenta da recurs en dumondas da radio e televisiun

Eidgenössische Flugunfallkommission
Commission fédérale sur les accidents d'avion
Commissione federale sugli infortuni aeronautici
Cumissiun federala davart accidents d'aviun

Eidgenössische Kommunikationskommission
Commission fédérale de la communication
Commissione federale delle comunicazioni
Cumissiun federala da comunicaziun

Schiedskommission im Eisenbahnverkehr
Commission d'arbitrage dans le domaine des chemins de fer
Commissione d'arbitrato in materia ferroviaria
Cumissiun da cumpromiss per il traffic da viafier

Dienst für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
Service chargé de la surveillance de la correspondance par poste et
télécommunication
Servizio di sorveglianza della corrispondenza postale e del traffico delle
telecomunicazioni

Servetsch da surveglianza de la corrispondenza per posta e telecommunicaziun

